

Jetzt auch „von unten nach oben“? –**Das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ und seine Bedeutung hinsichtlich der Finanzierung für die Infrastruktureinrichtungen vor Ort**

Der erste Zwischenbericht des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ liegt vor: Für die Freiwilligenagenturen und Infrastruktureinrichtungen vor Ort soll die Chance eröffnet werden, sich an den weiteren Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen und ihre Projekterfahrungen direkt einzubringen. Gleichzeitig soll die Politik die Vorschläge des Forums vor allem hinsichtlich einer nachhaltigen Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen möglichst schnell umsetzen. Denn nur mit einer Sozalkelfinanzierung ist es den Organisationen vor Ort möglich, ihr Aufgabenprofil entsprechend den Vorschlägen des Forums zu schärfen und sich auf Augenhöhe an trisektoralen Kooperationen vor Ort zu beteiligen.

Ob soziale Segregation, Integration oder demografischer Wandel, Neue Medien oder Bildung, Freiwilligenagenturen und andere Infrastruktureinrichtungen vor Ort sind Seismographen der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, da sie als erste mit den neuen Herausforderungen für das bürgerschaftliche Engagement konfrontiert werden. Sie nehmen sich ihrer aktiv an. Parallel dazu ist die Erwartungshaltung der Politik gestiegen, dass die Infrastruktureinrichtungen sich sowohl als „Themenbotschafter“ der Bundesprogramme betätigen wie auch als Akteure, die mit eigenen Initiativen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Diese Interessen der Politik wurden oftmals in einem top-down-Prozess, unter anderen durch Modellprogramme, kommuniziert und gesteuert. Dadurch hatten die Einrichtungen vor Ort kaum die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Ideen aus ihren Projekten auch „nach oben“ weiterzugeben. Der partizipative Charakter des bürgerschaftlichen Engagements, gerade auch im Umgang mit den Mittlerorganisationen vor Ort, wurde kaum wahrgenommen und beachtet.

Mit dem „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ hat das BMFSFJ gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftlichen Engagement (BBE) erstmals den Paradigmenwechsel hin zu mehr Mitbestimmung eingeleitet und mit dem *Forum* einen Ort geschaffen, der eine gute Ausgangslage bietet, um ein neues Miteinander

von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig zu verankern. Allerdings stellt sich die Frage, wie das *Forum* sein Aufgabenprofil in Zukunft weiterentwickeln kann und neben der Begleitung einer nationalen Engagementstrategie weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten, auch für die Einrichtungen vor Ort, implementiert werden können.

Um einen entsprechenden Prozess in die Wege zu leiten, ist es begrüßenswert, in einem Konsultationsprozess den Organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Zwischenergebnisse zu kommentieren und zu diskutieren. Gerade die überregionalen Kooperationsstrukturen und Bundeseinrichtungen verfügen über die Möglichkeit die Ergebnisse des Prozesses mittels ihrer Länderstrukturen direkt vor Ort zu kommunizieren. In dieser Form könnte auch der Konsultationsprozess bekannt gemacht und eine Beteiligung „von unten“ ermöglicht werden. Denkbar wäre es, diesen Kommunikationsprozess durch Länderkonferenzen des BBE zu begleiten, um hier die „Vor-Ort-Perspektive“ gezielt abzufragen und zu dokumentieren.

Unter dem Aspekt der direkten Einrichtungs- und Bürgerbeteiligung ist es sinnvoll, die Zwischenergebnisse wie bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie online zu stellen und dafür Internetportale wie www.engagiert-in-deutschland.de zu nutzen. Dabei sollte es neben einer reinen Kommentarfunktion auch ein moderiertes Diskussionsforum geben. Das *Forum* hat vorgeschlagen, eine solche Kommunikation durch ein sogenanntes Online-Reporting-System zu unterstützen. Darin würden Projekte, Initiativen und Engagementangebote aller Ebenen und Sektoren abgebildet und breit zugänglich gemacht. Gleichzeitig würden so die Zwischenergebnisse des *Forums* noch einmal mit der Praxis konfrontiert und gespiegelt. Dies könnte dazu beitragen, dass ein wechselseitiges „Voneinander-Profitieren“, sowohl „von oben nach unten“, wie auch „von unten nach oben“, erfolgt.

Um nachhaltiges Vertrauen in einen solchen Prozess herzustellen, ist es elementar, dass ein transparentes Verfahren der Bundesregierung und des BBE vorgelegt wird, wie und in welcher Form die Ergebnisse in eine nationale Engagementstrategie einfließen werden und inwieweit die Strategie abschließend im *Forum* beraten werden kann. Darüber hinaus sollte das *Forum* sich dafür engagieren, dass Modellprogramme der Bundesregierung bereits in der Planungsphase diskutiert und begleitet bzw. auch eigene Vorschläge für neue Modellprogramme eingebracht werden können. Damit würde sowohl der Beteiligungscharakter des *Forums* als auch die Akzeptanz von Modellprogrammen insgesamt gestärkt werden.

Das *Forum* sollte zudem eine zentrale Rolle bei der Diskussion und Umsetzung jener Instrumente spielen, die eine Engagementstrategie auch vor Ort mit Leben füllen. Dies könnte beispielsweise, wie bei der nationalen Integrationsstrategie, ein Aktionsplan mit Selbstverpflichtungen und einer entsprechenden Begleitung in Form eines Monitorings sein. Die im *Forum* entwickelten Vorschläge und Ideen könnten in einen solchen Aktionsplan als zivilgesellschaftliche Selbstverpflichtungen einfließen. Denkbar wären: Die Einrichtung einer Datenbank, die für Transparenz aller wichtigen Daten zivilgesellschaftlicher Organisationen sorgen würde, die Entwicklung von Qualitätsstandards der Einrichtungen durch entsprechende Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagementsysteme, die Schaffung von Lernarrangements für Haupt- und Ehrenamtliche, sowie eine breitere Verankerung des „Entrepreneurship-Prinzips, das vorsieht, dass Organisationen verstärkt lernen, unternehmerisch zu denken und zu handeln, im Sinne der Freiwilligkeit und des bürgerschaftlichen Engagements.

Die nachhaltige Umsetzung solcher neuen Ideen und Aufgaben vor Ort kosten allerdings Zeit und Geld. Deswegen hat die Implementierung einer Engagementstrategie zur Voraussetzung, dass der Bund in Kooperation mit den Ländern und den Kommunen, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und engagierter Unternehmen, ein nachhaltiges ressortübergreifendes Finanzierungssystem für die Einrichtungen vor Ort entwickelt, umsetzt und dabei die bisherigen Vorschläge des *Forums* berücksichtigt. Ohne eine Sockelfinanzierung und ohne die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes bleiben die vielen kleineren Infrastruktureinrichtungen vor Ort bei der Bewältigung ihrer „klassischen Aufgaben“ permanent überfordert: Der Beratung, Vermittlung, Vernetzung und der gleichzeitigen Entwicklung von Projekten in neuen Themenfelder. Trotz der erheblichen Kraftanstrengung und des bürokratischen Mehraufwands für die Sicherung der sogenannten Overheadkosten für die jeweiligen Geschäftsstellen und die Personalausstattung, bleibt in der Regel Planungsunsicherheit. Die Infrastruktureinrichtungen und die überregionalen Koordinationsstrukturen bewegen sich in einem ständigen Kreislauf der Mittelbeschaffung aus befristeten, zweijährigen Projektförderungen und zwei- bis dreijährigen Modellprogrammen. Um sich verstärkt ihren neuen Zukunftsaufgaben und der Profilschärfung widmen zu können und um substanzielle Selbstverpflichtungen, beispielsweise hinsichtlich qualitativer Mindeststandards, eingehen zu können, brauchen die Einrichtungen eine verlässliche Sockelfinanzierung.

Mit einer Neuausrichtung der Förderstrukturen könnte der Bund außerdem dazu beitragen, das bisherige Abhängigkeitsverhältnis der Einrichtungen zum Geldgeber aufzubrechen und entsprechend dem partizipativen Signal des *Forums* auch den Grundstein für eine neue Partnerschaft auf Augenhöhe mit den Einrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements zu legen.

Tobias Kemnitzer ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa).

Kontakt: tobias.kemnitzer@bagfa.de